

# LINKEZEITEN

Ausgabe # 8: Okt./Nov. 2008 Mitgliederzeitung für **DIE LINKE.**  
Kreisverband Köln

## DIE LINKE Köln: eine Partei *in Bewegung*

Von Hans Günter Bell, Sprecher der LINKEN Köln

So verheerend die Folgen der Finanzmarktkrise auch sein mögen, vor allem die Verstärkung der Rezessionstendenzen und der Verlust vieler Arbeitsplätze: Diese Krise birgt für DIE LINKE auch eine Chance. Das hat auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung erkannt, deren Herausgeber Berthold Kohler in der Ausgabe vom 9. Oktober 2008 warnte:

*„Die Krise beschert nicht nur der Linkspartei eine Hausse, sie versetzt das gesamte Koordinatensystem der Republik nach links.“*

Zwar steht nicht die Vergesellschaftung des Banken- und Versicherungswesens als Ganzes bevor, auch ist nicht zu erwarten, dass die große Koalition ihre verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik grundlegend ändern wird, doch:

*„Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor der Krise“*

– so jüngst der Bundesfinanzminister Peer Steinbrück in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag.

Es besteht mithin die Hoffnung, dass am Ende immerhin eine von der LINKEN schon seit langem geforderte stärkere Regulierung der internationalen Finanzmärkte und eine Aufwertung der Realwirtschaft gegenüber den spekulativen Finanzmärkten steht.

Mittelfristig noch wichtiger als die einzelnen Maßnahmen ist jedoch die Verstärkung des Stimmungswandels der Bevölkerung: Die Befürworter von Privatisierungen und

die Anhänger der heilsbringenden Kraft der Märkte sind gewaltig in die Defensive geraten. DIE LINKE und mit uns alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die diesen Lobgesängen schon immer widersprochen haben, haben jetzt

*Fortsetzung auf Seite 2!*

**„Solidarische Stadt“: Einladung zur Kommunalpolitischen Tagung der Partei**

Sa., 01. Nov. 08, 11:00 bis 17:00 Uhr,  
Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer Str. 58.

**Mehr auf Seite 3!**

**VA „Die Zukunft von ARD und ZDF“ von Partei, Ratsfraktion und AK „Kunst ...“**

Sa., 25. Okt. 08, 13:00 bis 15:00 Uhr, Senatshotel, Unter Goldschmied 9-17, Nähe Spanischer Bau / Historisches Rathaus.

**Mehr auf Seite 8!**

**Liebe Genossinnen, liebe Genossen,**

**hiermit laden wir euch herzlich ein zur nächsten**

## **Kreismitgliederversammlung**

**am Dienstag, 04. November 2008, 19:00 Uhr,  
Berufskolleg Südstadt, Zugweg 48, 50677 Köln,  
Köln-Südstadt, KVB-Haltestelle „Chlodwigplatz“.**

**Folgende Tagesordnung schlagen wir vor:**

- 1. Begrüßung**
- 2. Wahl von Tagespräsidium, Mandatsprüfungs- und Zählkommission**
- 3. Beschlussfassung über Tages-, Wahl- und Geschäftsordnung**
- 4. Tritt DIE LINKE Köln mit einem/einer eigenen OB-Kandidaten/-in an?**
  - a) Vorstellung der möglichen Kandidaten/-innen**
  - b) Entscheidung über den Antritt der LINKEN Köln**
  - c) Ggf. Wahl eines/einer Kandidaten/-in**
- 5. Beratung über den Antritt der LINKEN Köln bei den Kommunalwahlen mit einer Offenen Liste**
- 6. Nachwahlen zum Kreisvorstand**
  - a) Wahl einer Sprecherin**
  - b) Wahlen zweier weiblicher Mitglieder des erweit. Kreisvorstands**
- 7. Beratung weiterer Anträge**

**Mit solidarischen Grüßen, für den Kreisvorstand  
Hans Günter Bell (Sprecher)**

Oberwasser. Unsere Konzepte einer stärkeren staatlichen Regulierung und einer Demokratisierung der Wirtschaft finden viel Zuspruch.

Im Juni, also noch vor der aktuellen Verschärfung der Finanzmarktkrise, stimmten 70 Prozent der vom Sozialforschungsinstitut Forsa im Auftrag des Deutschen Beamtenbundes Befragten der Aussage zu, der Staat solle eine stärkere Rolle einnehmen, um seine Bürger von den negativen Effekten der Globalisierung zu schützen.

Und nur noch 18 Prozent der Befragten waren dafür, dass noch mehr öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden. Die meisten glauben, dass bereits vorgenommene Privatisierungen nicht zu einer Verbesserung des Angebots geführt haben.

Um diese günstige Situation zu nutzen, die Stimmung bei den bevorstehenden Wahlen auch in Stimmen umzusetzen und mit gestärkten Positionen in Gesellschaft und Parlamenten erfolgreich für unsere politischen Ziele zu streiten, bedarf es einer starken LINKEN – auch in Köln.

Für den Aufbau einer starken LINKEN in Köln hat die Jahreshauptversammlung am 23. August 2008 Grundlagen geschaffen. Wir haben ein Arbeitsprogramm beschlossen und einen 13-köpfigen Kreisvorstand gewählt.

„Die Deutschen wollen ihren starken Staat zurück“ („Die Welt“, 8.10.08)

Im Juni, also noch vor der aktuellen Verschärfung der Finanzmarktkrise, stimmten 70 % der vom Sozialforschungsinstitut Forsa im Auftrag des Deutschen Beamtenbundes Befragten der Aussage zu, der Staat solle eine stärkere Rolle einnehmen, um seine Bürger von den negativen Effekten der Globalisierung zu schützen. Und nur noch 18 % der Befragten waren dafür, dass noch mehr öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden. Die meisten glauben, dass bereits vorgenommene Privatisierungen nicht zur Verbesserung des Angebots geführt haben.

## Arbeitsprogramm

Im Zentrum unserer Arbeit stehen Aktionen, mit denen wir in der Öffentlichkeit für unsere Ziele werben.

Mit Aktionsformen, die zum Mitmachen einladen, wollen wir gemeinsames Handeln erfahrbar machen.

## Projekte

Den zeitlich befristeten und auf ein Thema konzentrierten Projekten kommt in der Arbeit der LINKEN Köln besonderes Gewicht zu:

- ⇒ Projekt „Interkulturelles Köln“
- ⇒ Projekt „Kommunalwahlprogramm“
- ⇒ Projekt „Für soziale Gerechtigkeit und gegen Entwürdigung: Jetzt aufstehen gegen Hartz IV“
- ⇒ Projekt „1.000“ (Mitgliederwerbung)

## Arbeitskreise

DIE LINKE Köln hat zudem folgende Arbeitskreise eingerichtet:

- ⇒ AK „Europa“
- ⇒ AK „Kunst, Kultur, Medien“
- ⇒ AK „Jugend und Schule“
- ⇒ AK „Soziales / Hartz IV“
- ⇒ AK „Stadtentwicklung“

## Eigenständige Arbeitsgruppen

Des Weiteren bestehen die eigenständigen

- ⇒ Jugendorganisationen linksjugend [‘solid] und DIE LINKE. SDS sowie
- ⇒ die Frauengruppe LISA (Linke sozialistische Arbeitsgemeinschaft Frauen).

## Kampagnen

Wichtig ist unsere Beteiligung an ausgewählten Kampagnen der Bundes- oder Landespartei.

Konkret sind wir jetzt in die bundesweite Rentenkampagne der LINKEN mit dem Titel „Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente“ eingestiegen.

Höhepunkt und vorläufiger Abschluss dieser Kampagnen wird eine Veranstaltung mit Oskar Lafontaine am 05. Dezember 2008 sein.

Doch ein beschlossenes Arbeitsprogramm und ein gewählter Kreisvorstand sind nur zwei Bausteine – und nicht einmal die wichtigsten.

## Aktive Beteiligung!

Worauf es jetzt ankommt, ist die aktive Beteiligung vieler Mitglieder der LINKEN Köln an der Umsetzung der Arbeitsvorhaben. Meine Bitte:

Lasst uns die vor uns liegenden Aufgaben gemeinsam angehen. Nutzt die Angebote, euch in den Ortsverbänden, Projektgruppen und Arbeitskreisen zu beteiligen.

Ich bin mir sicher: Am Ende des vor uns liegenden Wahlkampfmarathons wird DIE LINKE in Köln die von den Mitgliedern her drittstärkste Partei sein, und wir werden eine erheblich gestärkte parlamentarische Präsenz haben.

Vor allem werden wir durch die offensive und engagierte Auseinandersetzung mit den tatsächlichen politischen Gegnern als Partei zusammengewachsen sein und an politischem Profil gewonnen haben.

## Mitglieder des Kreisvorstands

### Sprecher

Hans Günter Bell

### Stellv. Sprecherinnen

Sengül Senol; Gisela Stahlhofen

### Schatzmeister

Martin Nees

### Weitere Vorstandsmitglieder

Marie Bakir; Nijat Bakis; Özlem Demirel; Dieter Koberg; Wolfgang Lindweiler; Angelika Link-Wilden; Peter Löwisch; Alexander Recht; Benjamin Wernigk

# „Solidarische Stadt“: Kommunalpolitische Tagung der LINKEN Köln

Von Hans Günter Bell,  
Sprecher der LINKEN Köln

Seit einigen Wochen befassen sich Arbeitsgruppen der LINKEN Köln mit den Inhalten unseres Kommunalwahlprogramms.

Eine vollständige Übersicht findet ihr im Mitgliederbereich unserer Internetseite.

## Vorstellung der Zwischenergebnisse

Am 01.11.2008 werden einige dieser Arbeitsgruppen euch, den Mitgliedern der LINKEN Köln, und einer interessierten Öffentlichkeit die Zwischenergebnisse vorstellen.

Die kritischen Kommentare und Vorschläge werden dann in der weiteren Beratung berücksichtigt werden, bevor Anfang 2009 der Entwurf des Kommunalwahlprogramms als Antrag an die Mitgliederversammlung am Samstag, 31.01.2009, versandt werden wird.

Es geht also auf der Tagung am 01.11.2008 noch nicht um den Beschluss unseres Programms, sondern nur um eine erste öffentliche Diskussion wichtiger Eckpunkte.

## Verständigung auf Schwerpunkte

Es ist klar, dass wir im Kommunalwahlkampf nicht zu allen Themen gleich viel werden sagen können.

Eine Konzentration auf drei bis fünf Kernbereiche, mit denen sich DIE LINKE Köln öffentlich wahrnehmbar äußern und als Partei profilieren kann, ist erforderlich.

Daher wollen wir am Ende die Arbeitsgruppen auswerten und uns auf Schwerpunkte unseres Kommunalwahlprogramms verständigen.

Aus den Beschlüssen der Gesamtpartei auf ihrem letzten Parteitag und unserem eigenen Arbeitsprogramm ergeben sich zunächst folgende mögliche Schwerpunkte:

**am Sa., 01. November 2008, 11:00 bis 17:00 Uhr,  
im Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer Str. 58.**

### Programm

- |         |   |
|---------|---|
| 11:00 h | Begrüßung: Aufgabe und Ablauf                                   |
| 11:20 h | Vorstellung der Arbeitsgruppen                                  |
| 11:30 h | <b>Arbeitsgruppenblock 1</b>                                    |
|         | 1 Gegen Rechts  |
|         | 2 Interkulturelles Köln   |
|         | 3 Kultur  |
|         | 4 Öffentliche Daseinsvorsorge                                   |
|         | 5 Soziales / Hartz IV   |
| 13:00 h | Mittagspause  |
| 14:00 h | <b>Arbeitsgruppenblock 2</b>                                    |
|         | 6 Kommunale Demokratie  |
|         | 7 Verkehr   |
|         | 8 Wirtschaft und Arbeitsmarkt                                   |
|         | 9 Wohnen  |
| 15:30 h | Kaffeepause   |
| 16:00 h | <b>Moderierte Vorstellung der Arbeitsergebnisse</b>             |
| 16:30 h | <b>Verständigung auf Schwerpunkte des Kommunalwahlprogramms</b> |
| 17:00 h | Ende  |

### Anmeldung nicht vergessen!

Bitte denkt daran, euch für diese Tagung anzumelden. Gebt zudem bitte unbedingt an, ob ihr das angebotene Mittagessen haben wollt.

Bitte Postkarte an: DIE LINKE. Köln, Metzger Straße 24, 50677 Köln,  
oder E-Mail an: koeln@die-linke.org.

Das politische Thema der Partei DIE LINKE ist der **Kampf für soziale Gerechtigkeit**.

Weitere Kernthemen sind:

- der Kampf gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Güter und für die demokratische Kontrolle bürgerfreundlicher öffentlicher Unternehmen;
- die Gestaltung eines interkulturellen Kölns;
- Beiträge zur Geschlechtergerechtigkeit;
- der sozialökologische Umbau mit seinen verschiedenen Facetten (z.B. etwa der kommunalen Energie-, Verkehrs- und Wohnungsbau politik).

Dabei ist unsere Kommunalpolitik durch und durch demokratisch und emanzipatorisch. Sie ist darauf gerichtet, Entscheidungen partnerschaftlich mit den Menschen zu treffen und umzusetzen bzw. Entscheidungen direkt der Gesellschaft zu übertragen.

Ein besonderes Wahlziel der LINKEN ist zudem sicherlich, Rechtspopulisten und Neonazis aus den Räten und Bezirksvertretungen heraus zu halten. Es wird darauf ankommen, diese Themen in konkreten und mobilisierenden Forderungen zu verdichten, wie z.B. dem Sozialtarif für Strom und Wasser oder der kostenfreien Erstausstattung für Schulanfänger/-innen.

# Wir legen los! Projektgruppe „Hartz IV“ sucht weitere MitstreiterInnen

Von Manfred Müller

Mit dem Ausgang der Wahlen in Bayern am 25.09.2008 hat der Bundestagswahlkampf 2009 begonnen. Frank Walter Steinmeier, designierter Kanzlerkandidat der SPD, empfahl seinen „Genossen“, in Hinblick auf die „Agenda 2010“ nicht rückwärts zu schauen, sondern den Blick nach vorne zu richten.

Das könnte ihm so passen! Als vor 5 Jahren die Agenda 2010 mit großem medialen Tamtam aus der Taufe gehoben wurde und 2 Jahre später die „Hartz-IV-Reform“ folgte, ahnte wohl keiner der damaligen Väter dieser „Reformen“, was sie damit anrichten sollten.

## Horroszenario Hartz IV

Schröder, Clement, Müntefering, Steinmeier und schließlich Peter Hartz stehen namentlich für ein Projekt, das zu den tiefgreifendsten sozialen Verwerfungen in der Nachkriegsgeschichte dieses Landes geführt hat. Was ursprünglich harmlos als Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe daherkam, entpuppte sich als bürokratisches Monster, das – um nur einige Stichpunkte des Horroszenarios zu nennen – steht für:

- den Kampf gegen Arbeitslose statt gegen Arbeitslosigkeit,
- den Abbau von Grundrechten,
- den Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten,
- Lohndumping und Arbeitslosigkeit durch 1-€-Jobs,
- Lohnabbau,
- allgemeine Armut sowie auch besondere bei Kindern und Alten.

## „Hartz IV“ wirkt!

Wer heute noch das Glück hat, in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis in einer tarifgebundenen Firma arbeiten zu dürfen, wird zum „Exoten“.

Wo Unternehmer es können, werden Leih- und Zeitarbeiter, geringfügig Beschäftigte, „Praktikanten“ usw. beschäftigt, und alles, was nicht mit der „Kernproduktion“ zu tun hat, wird „outgesourct“. Wen wundert es, dass unter diesen Bedingungen die Reallöhne in Deutschland seit Jahren nicht mehr steigen! Exoten sterben aus.

So dämmert es der „Mittelschicht“ zunehmend, dass mit „Hartz IV“ nicht der letzte versoffene Brückenpenner gemeint war, den man zur „Arbeit“ treiben muss, sondern sie selbst. Der 53-jährige Herr Dr. Ing., der bei Nokia in Bochum seinen Arbeitsplatz verliert, wird – nachdem der ALG-I-Bezug beendet ist – bis zu seinem 65. Lebensjahr vom Ersparten leben müssen (weil er nach Hartz IV nicht „bedürftig“ wird), der insolvente Freiberufler wird gleich durchgereicht.

Bei den Arbeitslosen, aber auch in weiten Kreisen der Bevölkerung herrscht Unmut über diese Lage. Wahlbeteiligungen, Wahlergebnisse und nicht zuletzt das dynamische Wachstum der LINKEN sind Ausdruck dafür. Aber noch ist dieser Unmut diffus und nicht auf die Änderung der Lage zielgerichtet. Hier setzt die Arbeit unserer Pro-

jektgruppe „Für soziale Gerechtigkeit und gegen Entwürdigung: Jetzt aufstehen gegen Hartz IV“ an. Durch zielgruppenspezifische Aufklärungsarbeit – verbunden mit wirksamen Aktionen – wollen wir die Auseinandersetzung um Hartz IV zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit ausbauen und so das soziale Profil unserer Partei in Köln weiter schärfen.

## MitstreiterInnen gesucht!

Wir bauen unsere Sozialberatung weiter aus. Dazu brauchen wir erstens GenossInnen, die tagsüber Zeit haben und bereit sind, nach Kurzeinweisung als „Beistand“ für arbeitslose Menschen bei der Bundesagentur oder bei der ArGe zu wirken.

Zweitens suchen wir weitere Aktive, die bereit sind, nach gründlicher Schulung als SozialberaterIn tätig zu werden.

## Projekttreffen!

### Fortbildung zum Thema „Hartz IV“ mit Martin Bersing

25./26.10., je von 11-16 Uhr, Parteibüro, Metzger Str. 24.

### Reguläre PG-Treffen

23.10. und 06.11., je 19:00 Uhr, Parteibüro, Metzger Str. 24.

### Aktion vor der ArGe

03.11., 07:30 Uhr, Luxemburger Str. 121.

## Impressum der LINKEZEITEN

Hg.: DIE LINKE Köln.

Redaktion: Dieter Koberg, Wolfgang Lindweiler, Alexander Recht, Sengül Senol.

Layout: Alexander Recht.

V. i. S. d. P.: Hans Günter Bell, c/o DIE LINKE Köln, Metzger Straße 24, 50677 Köln.



# Die Rentenkampagne der LINKEN in Köln

Von Angelika Link-Wilden und Andreas Kern

War es 2001 die Dotcom-Blase, die platzte, so sind wir momentan Zeuge der wohl größten und gefährlichsten Krise des internationalen Finanzmarktes. Alle paar Jahre vernichten die neoliberal deregulierten Finanzmärkte Massen von Kapital.

Und da sind wir auch schon bei der Rente. Da die gesetzliche Rente ständig gekürzt wird, wurde die Altersvorsorge auf drei Säulen umgeschichtet. Neben die gesetzliche Rente traten betriebliche und private Altersvorsorge. Die Sozialbeiträge für die Unternehmen sollen niedrig gehalten werden, die so entstehende Lücke müssen die Arbeitnehmer durch private Vorsorge (z.B. die „Riesterrente“) abdecken: ein Bombengeschäft für die Banken und die Versicherungsbranche und aus Arbeitnehmersicht perfide!

## Vom Unsinn privater Vorsorge

Erstens stagnieren die Löhne bzw. sinken die Reallöhne bei gleichzeitigen Preiserhöhungen auf breiter Front. Zweitens sollen sich die Arbeitnehmer vom sinkenden Einkommen auch noch privat gegen Altersarmut schützen. Und wie? Indem sie ihr Geld bei genau den Versicherungen und Banken anlegen sollen, die uns weltweit demonstrieren, wie sie Milliardenbeträge verspielen und ganze Volkswirtschaften an den Abgrund fahren.

Die gesetzliche, paritätisch finanzierte Rente war lange Zeit die Grundlage der solidarischen Altersversorgung. Die gesetzliche Rente wurde und wird systematisch zerstört – und das jahrzehntelange Vertrauen in sie wurde von den Bundesregierungen seit Kohl zielgerichtet untergraben.

So zielt die Rente mit 67 ja nicht darauf ab, dass die Menschen länger arbeiten, sondern stellt eine Rentenkürzung dar, da schon heute die Mehrheit der Arbeitnehmer nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten kann. In Zeiten von Massenarbeitslosigkeit führt die Rente mit 67 zudem dazu, dass wenn manche der Älteren tatsächlich bis 67 arbeiten, Jüngere bei hoher Jugendarbeitslosigkeit zusätzlich das Nachsehen haben. Absurdistan lässt grüßen, die Rente mit 67 spielt faktisch Jung und Alt gegeneinander aus und schürt damit den Generationenkonflikt.

Man sagt zwar zu Recht, dass es die LINKE ohne Hartz IV nicht gäbe, aber die Hartz-IV-Gesetze waren nur ein Teil des Instrumentariums zur Zerstörung des Sozialstaats. Denn auch die abhängig Beschäftigten, also die zukünftigen Rentner, stehen im Fokus des neoliberalen Umbaus des Sozialstaates.

## Kernthema Rente

Die Rente steht im Zentrum des Angriffes auf den Sozialstaat und ist ein Kernthema der LINKEN!

Die Rente ist ein Thema, das so gut wie alle Kreise der Bevölkerung betrifft. Sie ist eine zentrale Frage, die Wahlen mitentscheidet wird.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die Rente mit 67, DIE LINKE ist die einzige im Bundestag vertretene Partei, die diese Art der Rentenpolitik ablehnt und so die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung vertritt. Hier kann

### Wirtschaftsdemokratie statt Shareholder-Value-Regime:

#### Betriebsräte-/Gewerkschaftskonferenz der Linksfraktion im Bundestag

Mit Oskar Lafontaine, Guntram Schneider (DGB-Vosi NRW), Michael Krätke ...

Mi, 12.11., 11-17 Uhr, im tectrum, Bismarckstr. 142 in Duisburg,

Anmeldung unter:  
veranstaltungen@linksfraktion.de

DIE LINKE im Bündnis mit Gewerkschaften, Sozial- und Jugendverbänden die Stimme erheben.

Deshalb führt DIE LINKE eine bundesweite Kampagne zur Rente durch, die wir jetzt auch in Köln starten. Im Zeitfenster von Oktober bis voraussichtlich Januar soll die Partei mobilisiert werden. Um eine erfolgreiche Kampagne durchführen zu können, ist es notwendig, dass sich möglichst viele Mitglieder, Ortsverbände und andere Arbeitszusammenhänge unserer Partei aktiv und kreativ beteiligen. Macht also zahlreich mit!

## Kampagnenaktivitäten

**Grundlagenseminar zur Rentenfrage**  
22.10., 19 Uhr, Büro Metzger Str. 24.

**Grundlagenseminar in türkischer und deutscher Sprache**  
09.11., 14 Uhr, Büro Metzger Str. 24.

**Aktionsseminar „Bodenzeitung“**  
15.11., 10-13:30, Büro Metzger Str. 24.

**Kampagnenhöhepunkt:  
Veranstaltung mit Oskar Lafontaine**  
05.12., 19 Uhr, Bürgerhaus Stollwerck, Dreikönigenstraße 23.

Hinzu kommen Vorträge in den OV's, eine Aktionswoche in den Stadtteilen und vor Niedriglohnbetrieben sowie eine Fachtagung an der Uni bzw. der FH.

Emeklilik ile ilgili hep öğrenmek istediğim. Emeklilik sistemi nasıl çalışıyor? ‚Emeklilik Reformu‘ ve etkileri. Emeklilik kampanyası için genel seminer: Pazar 9.11.2008 saat 14'de., Metzger Str. 24.



# Integration stärkt Köln

Von Claudia Borchard, Kemal Bozay, Özlem Demirel, Martin Zorn

Die Projektgruppe „Interkulturelles Köln“ und die Ratsfraktion führten im Juni eine Integrationskonferenz durch, auf der über 60 TeilnehmerInnen über verschiedene Aspekte von Integrationspolitik diskutierten.

Nach Begrüßung und Impulsreferat des LAGA-Vorsitzenden Tayfun Keltok, bei der die Kampagne „Hier wo ich lebe, will ich wählen“ vorgestellt wurde, ergriffen MigrantInnen beim „offenen Mikrofon“ das Wort. Zudem wurden in drei Arbeitsgruppen Themen im Kölner Kontext vertieft; mit einem Ratschlag über die Situation illegalisierter Menschen endete die Konferenz.

Beim Ratschlag wurde über die schlechte Lebenslage und die Probleme von illegalisierten Menschen diskutiert. Nach einer Schätzung der Uni Osnabrück leben ca. 20.000 Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus in Köln. Auch wenn Illegalisierte keinen Aufenthaltsstatus haben, müssen allgemein gültige Menschenrechte wie das Recht auf Bildung oder Gesundheit für sie gewährleistet werden. Bei der Diskussion wurden konkrete Wege erörtert, dies in Köln zu ermöglichen. Gleichzeitig wurde grundsätzlich kritisiert, dass Menschen in die Illegalität getrieben werden. Allen Illegalisierten einen gültigen Aufenthaltstitel zu erteilen (wie z.B. Spanien), war einstimmig getragene Forderung der Diskussion.

Die Konferenz war erfolgreich und von weiter Bandbreite geprägt. Integration und Zusammenleben in Köln können auf der Ebene solcher Konferenzen gestärkt werden.

## AG 1: Schule, Bildung, Integration

Voraussetzung für langfristig wirkende Veränderungen in der Schule und die Durchsetzung von Chancengleichheit ist eine neue Philosophie, also ein anderes Verständnis von Integration. Deutschland definiert sich erst seit jüngstem als Einwanderungsland.

Neue Atmosphäre bedeutet auch, dass kulturelle, sprachliche oder religiöse Andersartigkeit als normal begriffen wird. MigrantInnen verfügen über spezifische Erfahrungen und Fähigkeiten, die nicht brachliegen dürfen.

Um eine solche Atmosphäre zu schaffen, müssen deutliche Signale in unterschiedlichen Handlungsfeldern gesetzt werden. D.h., dass über Lehren und Lernen in mehrsprachigen Gruppen grundsätzlich neu nachgedacht werden muss. Einzelne Maßnahmen zur Förderung an Schulen bei im Kern unverändertem schulischem Regelbetrieb reichen nicht aus. Nicht die SchülerInnen müssen sich der Schule anpassen, umgekehrt: Schule muss sich an Kindern und Jugendlichen ausrichten.

## AG 2: Prekarisierung, Arbeit, Integration

Integration ist eine gemeinsame Aufgabe. MigrantInnen werden nicht immer als vollwertige Partner anerkannt. Hierbei waren das Beharren auf dem Gastarbeiterstatus, muttersprachlicher Unterricht, Einrichtungen und Medien der Türkei und BRD nicht hilfreich. Betriebe leisteten einen konstruktiven Beitrag. Einen integrativen Rückschritt stellt die Prekarisierung von Arbeit dar.

Die Deregulierung des Arbeitsmarktes betrifft vor allem MigrantInnen. In Köln erhalten ca. 40.000 MigrantInnen aufstockendes ALG II trotz Vollzeitarbeit. Den GastarbeiterInnen fehlte es mangels ausreichender Bildung, da sie zumeist aus ländlich-unterentwickelten Gebieten kamen, an Arbeiterkultur. Deshalb duldeten sie, als billige Arbeitskräfte angesehen und von den Gewerkschaften nicht entsprechend vertreten zu sein. Sie erhielten weitaus schlechtere Verträge. Wichtige Forderungen sind daher:

- gleichberechtigte Mitarbeit auch in Funktionen, z.B. im Personalrat, Betriebsrat etc.;
- offener, ehrlicher Umgang mit

Problemen und klare Positionen z.B. im Konflikt Kurden/Türken;

- durch gemeinsame Aktionen wie z.B. Mindestlohn und gleicher Lohn für gleiche Arbeit zur Förderung gegenseitiger Akzeptanz;
- Solidarität, politische & wirtschaftliche Förderung & Gleichberechtigung.

## AG 3: Stadtteil, Sozialraum, Integration

In öffentlichen, politischen, medialen Diskussionen wird Integration häufig als Konstruktion von Konflikten und Problemen dargestellt. Wir fordern ein grundlegendes Umdenken. MigrantInnen sind vielseitigen Problemen ausgesetzt, doch sie leisten einen Beitrag für die Gestaltung der Gesellschaft. MigrantInnen sind nicht Objekte, sondern gleichberechtigte Subjekte.

Das Kölner Beispiel zeigt, welche wichtige Aufgabe Veedel im Integrationsprozess übernehmen. Hier entsteht Dynamik für ein solidarisches und soziales Miteinander. In Stadtteilen wie Mülheim, Kalk etc. leistet dieses Potenzial einen zentralen Beitrag in der Entwicklung einer solidarischen Stadt. Segregation in den Stadtteilen hat soziale, politische und ökonomische Gründe. Stadtteile mit hohem MigrantInnenanteil dürfen nicht zu sozialen Explosionsorten diffamiert und zur Zielscheibe von Rechtspopulisten gemacht werden. Gerade hier haben MigrantInnen mit Eigeninitiative viel geleistet und das gesellschaftliche Bild mit verändert und geprägt. Es sind transnationale Räume und Netzwerke entstanden.

Zu diskutieren sind Problem- und Handlungsfelder wie gesellschaftliche Isolation, Wohnungs- und Sozialpolitik, sprachliche Barrieren, Stadtteilinitiativen. In der Sozialraumarbeit sind nicht nur die Akteure, sondern auch die BürgerInnen aktiv einzubinden: MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen müssen im Stadtkontext mehr zusammenkommen. Gemeinsame Interessen und Handlungsfelder sind wichtig. Die künstlichen Debatten um Segregation und Ghettos gehen an den eigentlichen Problemen vorbei.

# Null Toleranz für Nazis!

Von Özlem Demirel + Benni Wernigk

Vom 19. bis 21. September wollte die rechtsextreme Bürgerbewegung „Pro Köln“ einen aufsehenerregenden, europaweiten Kongress „Gegen die Islamisierung und Türkisierung Europas“ durchführen und so den Startschuss für den Kommunalwahlkampf 2009 einläuten.

Aufsehen wurde an diesem Wochenende in Köln tatsächlich erregt. Jedoch nicht „Pro Köln“ und ihre Gäste sorgten hierfür, sondern vielmehr die KölnerInnen und die aus der ganzen Bundesrepublik angereisten AntifaschistInnen, die gemeinsam gegen „Pro Köln“ aufgestanden sind. Gemeinsam haben sie das Verbot des Kongresses mit „zivilem Ungehorsam“ erzwungen.

## Breite Bündnisse ...

Die beiden schnell gegründeten Bündnisse gegen den Anti-Islamisierungskongress, in denen Gewerkschaften, Kirchen, verschiedene Parteien sowie antirassistische und antifaschistische Organisationen vertreten waren, hatten ihre Arbeit schon im März aufgenommen und offen angekündigt, die Veranstaltung blockieren und verhindern zu wollen. Sie haben es auch geschafft, eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zu erlangen. So war die Beteiligung an der Blockade am Wochenende um vieles größer als die an „klassischen“ antifaschis-

tischen Gegendemonstrationen gegen Naziaufmärsche und mündete in eine Massenveranstaltung.

## ... „Pro Köln“ verliert

Die selbsternannte Bürgerbewegung und ihre geladenen Gäste von anderen europäischen rassistischen Vereinigungen und Parteien wurden von der Kölner Bevölkerung nicht mit der für Köln üblichen Gastfreundschaft empfangen. „Kein Kölsch für Nazis“, meinten Kölner Wirte. Die Busse, die die Rassisten durch verschiedene Veedel in Köln – meist „soziale Brennpunkte“ mit einem hohen Anteil an MigrantInnen – fahren sollten, standen hierzu nicht bereit. TaxifahrerInnen weigerten sich, die Rassisten zu befördern, und auch in Kölner Hotels gab es keinen Platz für sie. Nicht zuletzt blockierten die KölnerInnen alle Zufahrtswege und Gassen zum Heumarkt und verhinderten somit, dass Neonazis zu der angekündigten Veranstaltung durchkamen.

Ob jung oder alt, Frau oder Mann, Kommunisten, Sozialisten, Demokraten, Moslems, Juden oder Christen, alle gemeinsam sind aufgestanden. Sie alle haben ihren Beitrag dazu geleistet, den Rassisten die „rote Karte“ zu zeigen.

Vorstand und führende Mitglieder von „Pro Köln“ dachten, sie könnten die Vorurteile gegen den Islam, die seit dem 11. September

verschärft kursieren, nutzen, um die Bevölkerung zu spalten und sich selbst zu stärken. Doch die KölnerInnen haben dies durchschaut und dazu beigetragen, dass „Pro Köln“ „auf die Nase fiel“.

2004 hatte „Pro Köln“ es noch geschafft, mit islamophoben Parolen und unter dem Deckmantel vermeintlicher Religionskritik gegen den Bau einer Kölner Moschee zu hetzen. So wandelten sie vorhandene Ängste in Wählerstimmen um und zogen in Fraktionsstärke in den Rat der Stadt Köln ein. Diesmal ist die Rechnung nicht aufgegangen.

## Soziale Frage angehen!

Dieser Erfolg muss verwendet werden, um im Zusammenleben von Menschen aus 180 Nationen, die in dieser Stadt leben, Hürden zu überwinden. Diese liegen nicht, wie von Rassisten behauptet, in der Verschiedenheit der Kulturen, sondern in der sozialen Frage. Die Gesellschaft kann Rassisten und Faschisten nur dadurch bekämpfen, dass für jeden Menschen gesicherte Arbeit und Zukunftsperspektiven in Bildung und Ausbildung gewährleistet sind. Es geht um Gemeinsamkeiten, nicht um Unterschiede!

Der Kampf gegen „Pro Köln“ geht weiter. Das Zusammenleben muss gestärkt, Vorurteile abgebaut, die Grenze zwischen oben und unten erkannt und gleiche Rechte für alle erkämpft werden. Bis dahin ist es noch ein langer Weg.

Auf dem Foto v. l. n. r.: N. Bakis, H.G. Bell, S. Arslan, S. Senol, B. Wernigk.



## Besuch bei DITIB

Am 19.09. beteiligten sich Vertreter der Kölner LINKEN an der Menschenkette zum Schutz vor Angriffen auf die Moschee. Zuvor führten Hans Günter Bell, Sprecher, und Sengül Senol, stellv. Sprecherin der LINKEN Köln, sowie Nijat Bakis und Benjamin Wernigk ein Gespräch mit dem DITIB-Vorsitzenden Sadi Arslan am Bauplatz der neuen Moschee.

In diesem Gespräch wendeten sie sich gegen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung zum Nachteil der Muslime und traten für ein Köln des interkulturellen Gemeinschaftslebens ein.

# Die Zukunft von ARD und ZDF: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk zwischen Qualität und Quote

Von Sengül Senol und Dieter Wernig

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland sieht sich seit Jahren in einem immer komplizierteren Spannungsfeld: vor allem zwischen dem EU-Wettbewerbsrecht und dem deutschen Medienrecht nach § 5 GG, aber natürlich auch zwischen dem privatwirtschaftlichen Markt- und dem öffentlich-rechtlichen Gemeinwohlmodell. Ein weiteres Spannungsfeld liegt im Zuständigkeitskonflikt für den Rundfunk als Dienstleistung bei der EU und als Kultur bei Bundesregierung und Bundesländern.

Im Auftrag der Bundestagsfraktion der LINKEN untersuchten Prof. Jörg Becker u.a. im vergangenen Jahr die Situation und Zukunft des Medienrechts und der Medienpolitik in Deutschland und der EU, insbesondere die des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

## Öffentlich = privat?

Hat sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seiner internen und externen Handlungslogik seiner privaten Konkurrenz so weit angenähert, dass er damit seinen Gemeinwohlstatus gefährdet? Und kann das von der EU-Kommission ausgeübte Wettbewerbsrecht dem Kulturcharakter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Deutschland überhaupt gerecht werden?

Demokratie braucht öffentliche Diskussionsmöglichkeiten. Es stellt sich allerdings die Frage, inwieweit die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ihren aus Art. 5 GG

abgeleiteten Grundversorgungsauftrag heute noch umsetzen. Die Antworten fallen je nach Untersuchung sehr unterschiedlich aus.

Kritische ZuschauerInnen stimmen möglicherweise einer Langzeituntersuchung zwischen 1980 bis 1993 zu, dass sich das TV-Programm von ARD und ZDF einseitig der privaten Konkurrenz angepasst habe: Im öffentlich-rechtlichen Bereich hätten Unterhaltungsangebote zu- und Informationsangebote abgenommen. In den Programmen von ARD und ZDF wurden nach einer anderen Untersuchung von 1997 Bildung, Ausbildung, Technik, Europäische Integration, Wissenschaft, Steuergeldverschwendung, Verfassungs- und Parlamentsreform, Umbau des Sozialstaates und Umweltpolitik als Themen deutlich vernachlässigt.

Eine dritte Untersuchung aus 2003/2004 kommt zum Ergebnis, dass der Anteil von politischen Magazinen und Reportagen in diesem Zeitraum bei der ARD um 10,8 % und beim ZDF um 6,3 % sank. In der noch engeren Gruppe von politischen Sendungen mit kontroversen Themen verringerte die ARD ihren Anteil zur gleichen Zeit von 23,4 % auf 16,9 % und das ZDF von

23,4 % auf 19,9 %. Zwei Jahre später kommt dasselbe Institut zum Ergebnis, dass in Nachrichtenmagazinen immer weniger über Politik und immer mehr über Human-Touch-Themen gesprochen wird.

## Umgang mit Themen

Das Gutachten der Linksfraktion kritisiert darüber hinaus den Umgang des öffentlich-rechtlichen Fernsehens mit drei Themen:

- der Anteil von Gewaltdarstellungen in Nachrichten- und politischen Informationssendungen nimmt zu.
- die Berichterstattung über Rechtsextremismus emotionalisiert und bleibt reaktiv, statt reflektiv zu wirken.
- Frauen sind in fiktionalen Programmen quantitativ unterrepräsentiert, werden in traditionellen Rollen gezeigt und haben weniger dramaturgisches Gewicht.

Ist in all dem bereits eine Tendenz zur Boulevardisierung von ARD und ZDF und zur Gefährdung ihres Grundversorgungsauftrags zu sehen? Wie sollte, wie kann die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems im Spannungsfeld gegenläufiger Interessen aussehen? Dies gilt es zu diskutieren.

Der Kreisverband, der AK „Kunst, Kultur, Medien“ und die Ratsfraktion DIE LINKE. Köln laden daher ein zur Veranstaltung:

## „Die Zukunft von ARD/ZDF“

Samstag, 25. Oktober 2008, von 13 bis 15 Uhr,  
im Senatshotel, Unter Goldschmied 9-17, 50667 Köln,  
Nähe Spanischer Bau / Historisches Rathaus.

### Es diskutieren:

- ⇒ Prof. Dr. Lothar Bisky, Parteivorsitzender und medienpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE
- ⇒ Prof. Dr. Jörg Becker, Hochschullehrer und Geschäftsführer des Kom-Tech-Instituts Solingen
- ⇒ Ulrich Timmermann, Leiter des Verbindungsbüros der Intendantin WDR Köln
- ⇒ Grahame Lucas, Leiter der Südasienredaktion DW-Radio Bonn

Moderation: Sengül Senol, stellv. Sprecherin KV Köln



Lothar Bisky